

land unter fernem Druck willigen haben. Der unmittelbare Druck wurde durch die poln. Nationaldemokraten und durch das Nationalkomité in Paris ausgeübt, die die Träger der großpoln. Idee sind. Pilsudski hatte ausdrücklich gar nicht die Macht, sich dem Druck entgegenzusetzen. Graf K. hält Pilsudski für einen Gegner der extremen deutschfeindlichen Politik und glaubt nicht, daß der Abbruch der Beziehungen zum Kriegszustand führen werde, solange Pilsudski am Ruder ist. Graf K. sagt darüber: Der Vertreter des Ministeriums des Auswärtigen erklärte mir bei Ueberrückung der Note ausdrücklich, daß einen Kriegszustand zwischen Polen und Deutschland herbeizuführen, wie die Nationaldemokraten es fordern, nicht in der Absicht der Regierung läge; im Gegenteil, er betonte, daß die Beziehungen nicht eigentlich abgebrochen, sondern bloß „unterbrochen“ seien, bis normale Verhältnisse eingetreten, insbesondere Verhandlungsbedingungen in Warschau eintreten ließen.

Die Vertretung der deutschen Interessen in Polen übernimmt vorläufig der Schweiz, Besandte in Warschau, die der poln. in Deutschland der dän. Gesandtschaftsträger in Berlin.

Am 20. Dz. teilt die „Gazeta Poranna“ mit, daß poln. Nationalkomité in Paris habe die Versicherung erhalten, daß die Vertreter Polens an der Friedenskonferenz der Entente teilnehmen werden.

27. Dz. Polen im poln. Land. (Küh. f. II. 1 S. 599 f.)

XX. Türkei.

(Kegypten f. unter Afrika.)

20. Jan. Durch Ministerratsbeschluß wird der Belagerungszustand im Reiche mit Ausnahme der Kriegszonen aufgehoben.

5. Febr. (R a m m e r.) Regierungserklärung über außenpol. Fragen.

Der stellvertretende Minister des Aeußern Jullij Wei gibt vor dem Kammerauschuß für außer. Angelegenheiten Erklärungen ab, in denen er zunächst über die Friedensverhandlungen in Groß-Sionak Bericht erstattet und die Hoffnung ausspricht, daß trotz der schwierigen und absonderlichen Verhältnisse ein gewisser Erfolg sich werde erzielen lassen. D. sehr jedoch den Standpunkt der osman. Regierung hinsichtlich der auf die Türkei bezüglichen Stellen der Reden Wilsons (f. Ber. St., 6. Jan.) und Lloyd Georges (f. S. 143 ff.) auseinander. Nachdem er die Abänderung der Kriegsziele Englands mit Bezug auf die Türkei herangezogen hat, weist er darauf hin, daß Lloyd George sich nicht erkläre, sein Stückchen türk. Bodens erobern zu wollen, und nur die Rechte auszusprechen habe, daß die andern Nationalitäten ein Recht auf ein Sonderbaletn hätten. Die Regierung bestehe auf ihrem Standpunkt, daß das Bos der nationalen Gruppen, die vor dem Kriege nicht unabhängig waren, nicht anders geregelt werden könne als durch Vereinbarungen, die entsprechend der Verfassung jedes einzelnen Landes geschaffen werden. Was die Neutralität der Meerengen unter der Garantie der Mächte betreffe, so erklärt D., daß die Meerengen dem internationalen Handel und den Handelschiffen stets offen standen, den Fall ihrer Schließung ausgenommen, wenn die Sicherheit von Konstantinopel gefährdet war. Unter diesen Bedingungen würden die Meerengen auch in Zukunft geöffnet bleiben. Zu Wilsons Erklärungen in bezug auf die Türkei übergehend, spricht sich